

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

16.4.1924 (No. 91)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amenb.
Karlsruhe

Abzugpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Die Wahlbewegung in Baden

Noch etwas mehr als 14 Tage trennen uns von dem 4. Mai, dem Abstimmungstage für die Wahlen zum deutschen Reichstag. Wie werden sie ausfallen? Auf diese Frage eine zutreffende Antwort zu geben, ist völlig unmöglich. Die politische Konstellation ist gegenüber früheren Wahlen zum Reichstag eine solche, daß Wahl-Prognosen leicht irre führen können. Neue Parteien sind entstanden, welche bisher im Parlament noch gar nicht oder nur in ganz kleinen Gruppen vertreten waren, wie die deutsch-völkische Partei. Sie zählt im alten Reichstag 3 Mann; bei den jüngsten Landtagswahlen in Bayern erhielt sie 19 Sitze und wurde die zweitstärkste Partei. Der Landbund ist in Baden mit einer eigenen Liste hervorgetreten, während der Reichslandbund dies abgelehnt hat. Kurz, die mannigfaltigsten Änderungen haben sich im Parteileben vollzogen, und dementsprechend findet auch der Aufmarsch der Parteien statt. Soweit es sich jetzt übersehen läßt, reichen in Baden 11 Parteien ihre Wahlorschläge ein. Auf ihr sind die folgenden Namen verzeichnet (wir nennen nur die ersten vier, die dies auch das Wahlgesetz für den Abstimmungszettel vorschreibt):

Deutsch-Nationale Liste:

- 1. Ballraf-Köln, 2. Hanemann-Mannheim, 3. Schneider-Mannheim, 4. Hermann-Frozheim.

Deutsch-Völkische Liste:

- 1. Klotz-München, 2. Vannan-Lörrach, 3. Stöber-Söllstein, 4. Eard-Mannheim.

Deutsche Volkspartei:

- 1. Curtius-Heidelberg, 2. Düringer-Karlsruhe, 3. Schabbe-Karlsruhe, 4. Koch-Heidelberg.

Landbund-Liste:

- 1. Julier-Mingolsheim, 2. Zimmer-Ving, 3. Röhl-ler-Reicholzheim, 4. Kaiser-Bebla.

Zentrums-Liste:

- 1. Fehrenbach und 2. Wirth-Freiburg, 3. Diez-Rodolffell, 4. Erjing-Karlsruhe.

Demokratische Liste:

- 1. Dietrich-Wildgutach, 2. Haas-Karlsruhe, 3. Scheel-Mannheim, 4. Kohlund-Freiburg.

Mittelstandsvereinigungs-Liste:

- 1. v. Au-Mannheim, 2. Müller-Frozheim, 3. Willet-Karlsruhe, 4. Steiger-Freiburg.

Sozialdemokratische Liste:

- 1. Geß-Mannheim, 2. Schöpplin-Karlsruhe, 3. Meier-Freiburg, 4. Schwarz-Mannheim.

Kommunistische Liste:

- 1. Kengler-Mannheim, 2. Herber-Lörrach, 3. Seymann-Mannheim, 4. Rabinger-Karlsruhe.

Unabhängige Sozialdemokratie:

- 1. Liebknecht-Berlin, 2. Bernhardt-Mannheim, 3. Lipp-Mannheim, 4. Vogel-Walldorf.

Häusser-Bund:

- 1. Häusser-Altona, 2. Leppert, 3. Rudolph, 4. Dertinger, sämtlich in Frozheim.

Ob weitere Listen folgen werden, läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen. Im übrigen Reich ist die Parteizersplitterung eine größere wie in Baden; es sind bis jetzt „nur“ 28 Parteien auf den Plan getreten.

Wie war bis jetzt der Verlauf der Wahlbewegung in Baden? Gibt man eine Antwort auf die hier gestellte Frage, so kann sie unseres Erachtens nur dahin lauten, daß dieser Verlauf bisher ein ruhiger war und daß die behördlichen Sicherheitsorgane in keinem Falle einzugreifen brauchten. Das ist zu begrüßen und zugleich zu wünschen, daß es bis zum 4. Mai so bleibt.

Natürlgemäß stehen die großen Städte unseres Landes an der Spitze der Wahlbewegung. In diesen haben so ziemlich alle Parteien bis jetzt Versammlungen abgehalten, ihre Redner vorgestellt und ihr Wahlprogramm entwickelt. In Karlsruhe fanden in voriger Woche an einem Tage — 10. April — sogar drei Wahlversammlungen statt: eine deutsch-nationale, eine sozialdemokratische und eine Versammlung der Deutschen Volkspartei. Aber auch in mittleren und kleinen Städten und sogar in Landgemeinden kommt es vor, daß zwei Parteien zu gleicher Zeit Wahlversammlungen abhalten. An sich ist ja die politische Aufklärung der Deutschen und auch des badischen Volkes durchaus zu wünschen; daß auf diesem Gebiet noch vieles fehlt, ist hinlänglich bekannt.

Unterliegt man noch, nach welchen Zielen und Richtungen der Wahlkampf in den Versammlungen sich bewegte,

so läßt sich vielleicht die Tendenz heraussehen, daß äußerste Rechte und äußerste Linke sich stark gegen die Parteien der Mitte; also im wesentlichen gegen die Regierungsparteien, wenden. Das ist begreiflich, da Oppositionsparteien im Wahlkampf es immer leichter haben, wie die verantwortlichen Parteien, welche in der Regierung sitzen oder gejeßen haben. Aber die badischen Regierungsparteien haben ein gutes Gewissen; sie brauchen ihren Angreifern nichts schuldig bleiben. Untereinander bekämpfen sie sich, soweit man bisher beobachten konnte, nicht, betonen aber selbstverständlich ihre prinzipielle, politische und weltanschauliche Verschiedenheit.

In den nächsten Wochen werden sich natürlich diese Auseinandersetzungen zwischen der äußersten Rechten und äußersten Linken einerseits und den Parteien der Mitte andererseits steigern. Immerhin glauben wir, daß sie in Baden, wie schon angedeutet, in erträglichen Grenzen bleiben.

In die Wahl-Debatten dürfte auch die Entscheidung der Reichsregierung über Annahme der bekannten Sachverständigen-Berichte, welche die Festsetzungen des Reparationszahlungen an Frankreich betreffen, hineinspielen. An Wahlstoff fehlt es also nicht. Wir glauben auch nicht, daß wir eine schwache Wahlbeteiligung bekommen. Die Auswahl an Parteien ist groß und die politischen Wogen gehen doch ziemlich hoch. Am 4. Mai kann sich das deutsche Volk sein Schicksal schmieden; wir werden sehen, ob nach dem Wahltermin die Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Der neue Ricumvertrag

für den Ruhrbergbau, der Montag abend bis zur Unterschrift fertiggestellt und dann der französischen Regierung übermietet worden ist, wurde Dienstag von dieser genehmigt und ist daraufhin gegen Abend in Düsseldorf unterzeichnet worden.

Der Wortlaut des Vertrages bestätigt, was nach den in die Öffentlichkeit gelangten Meldungen über den Verlauf der Verhandlungen bereits zu erwarten gewesen war, daß es nämlich den Behebungsarbeiten nicht gelungen ist, eine bindende Zusage der französischen Regierung über die Finanzierung aller nach dem 15. April zu leistenden Lieferungen von Reparationskohle zu erhalten. Das Gutachten der Sachverständigen hätte, wie die „Frankf. Zeitung“ erfährt, für eine solche Zusage an sich eine Grundlage bilden können, denn es ist in ihm die Aufnahme einer internationalen Anleihe vorgesehen, aus der für einen bestimmten Zeitraum unter anderem auch die Lieferungen für Reparationskohle bezahlt werden sollen. Für den Fall der Annahme des Vorschlages der Sachverständigen und des Zustandekommens der Anleihe ist also die Finanzierung der Kohlenlieferungen von dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Vorschläge an gesichert. Es würde mit dem Sachverständigen-Gutachten nicht vereinbar sein, zu bestimmen, daß auch die Kohlenlieferungen, die zwischen dem 15. April und dem Inkrafttreten des Vorschlages der Sachverständigen liegen, nachträglich aus der Anleihe bezahlt werden.

Wenn die Behebungsarbeiten trotzdem in eine Verlängerung des Vertrages bis längstens zum 15. Juni eingewilligt haben, so ist dabei für sie letzten Endes offenbar die Überlegung entscheidend gewesen, daß es nicht zu verantworten gewesen wäre, eine neue Wirtschaftskatastrophe allergrößter Art in einem Augenblick über das Ruhrgebiet heraufzubehängen, in welchem sich eben zum ersten Male die Hoffnung auf eine baldige Befreiung des gesamten Systems der Ricum-Verträge eröffnet hat. Die Behebungsarbeiten denken dabei nicht nur an das Sachverständigen-Gutachten selbst, sondern auch an die Entscheidung der Reparationskommission, die es ausdrücklich als die Pflicht der Kommission bezeichnet, die Durchführung des Programms der Sachverständigen zu erleichtern und zu beschleunigen, und die deshalb schon die Geneigtheit der Kommission ausspricht, die Schlussfolgerungen der Sachverständigen zu billigen und ihre Methoden anzunehmen.

Die Hoffnung auf eine baldige Beendigung des Systems der Ricum-Verträge ist das einzige neue Moment, das die letzten Wochen gebracht haben und das den Behebungsarbeiten die Zustimmung zu einer kurzfristigen Verlängerung des Vertrages erleichtern konnte. Der Vertragstext selbst ist im übrigen nicht wesentlich verändert worden. In Artikel 2 des Vertrages sagen die Franzosen zwar, daß sie gewisse Rückzahlungen der von den Werken erhobenen selbständigen Kohlensteuern vornehmen wollen, aber damit treten sie lediglich auf den Boden des ersten Vertrages zurück. Artikel 3 setzt die laufende Kohlensteuer, die bisher auf Franken lautete, für die Zukunft in Mark fest; an die Stelle des bisherigen Satzes von 8 Fr. ist ein Satz von 1,50 Goldmark getreten, was nach dem gegenwärtigen Kurse des Franken eine kleine Herabsetzung bedeutet.

Nachtritt des Reichsjustizministers. Der Reichsminister für die Justiz, Canning, hat den Reichspräsidenten um Enthebung von seinem Amte gebeten. Der Reichspräsident hat dem Ersuchen entsprochen und gleichzeitig den Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Dr. Joel, mit der Führung der Geschäfte des Reichsjustizministeriums beauftragt. — Der Grund liegt in dem Konflikt zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei.

Die Sachverständigen-Gutachten

Die Antwort der Reichsregierung

Die Reichsregierung hat sich über ihre Antwort auf die am 11. April ergangene Einladung der Reparationskommission schlüssig gemacht. Die Kommission hatte zwar die Berichte der Sachverständigen als eine praktische Grundlage für die rasche Lösung des Reparationsproblems anerkannt, jedoch beschloßen, weitere Schritte zurückzustellen, bis die deutsche Regierung bereit sei, ihre Mitarbeit an den Plänen sicherzustellen. Zu diesem Zweck hatte die Reparationskommission die Reichsregierung eingeladen, entweder Delegierte zu entsenden, die vom 17. April an angehört würden, oder eine schriftliche Antwort auf ihre Anfrage zu erteilen. Die Anfrage hat sich demnach in der Hauptsache darauf bezogen, ob die Reichsregierung entsprechend den Beschlüssen der Reparationskommission bereit sei, ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen zuzusagen.

Das Kabinett hat am Dienstag im Einklang mit der Stellungnahme der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder beschlossen, diese Anfrage bejahend zu beantworten. Die Regierung wird also zunächst der Reparationskommission schriftliche Bescheid geben, wobei nicht ausgeschlossen ist, daß eine ausführliche Stellungnahme zu den Einzelheiten der Gutachten, sei es in schriftlicher Form, sei es in mündlichen Erörterungen vorbehalten bleibt. Damit hat sich die Reichsregierung grundsätzlich auf den Vorschlag der Gutachten gestellt und erkennt sie im ganzen als einen brauchbaren Lösungsvorschlag an. Die Initiative zur weiteren Behandlung der ganzen Angelegenheit ist jetzt wieder bei der Reparationskommission.

Die Antwort der Reichsregierung an die Reparationskommission ist Dienstag nachmittag abgesandt worden und wird heute vom Vorsitzenden der Reparationskommission, Ministerialdirektor Dr. Kuppel, der Reparationskommission übergeben werden. Die Antwort wird in Anlehnung an die von der Reparationskommission gestellte Frage kurz feststellen, daß die deutsche Regierung bereit ist, mitzuarbeiten an der Lösung des Reparationsproblems auf der Grundlage der Pläne der Sachverständigen.

Zustimmung der Parteiführer

Der Reichskanzler hat am Dienstag die Führer der Reichstagsfraktionen zu einer Besprechung über die durch das Sachverständigen-Gutachten geschaffene politische Lage empfangen. Die Sozialdemokraten sowohl wie die Führer der bürgerlichen Parteien billigten durchaus den Standpunkt der Reichsregierung; nur die Vertreter der Deutschnationalen erklärten, daß die Regierung keine bindende Verpflichtung eingehen dürfe. Der Reichskanzler vertrat demgegenüber die Auffassung, daß es Pflicht der Regierung sei, die aus der außenpolitischen Situation sich ergebenden unaufschiebbaren Entscheidungen zu treffen.

Poincaré zum Sachverständigen-Gutachten

In einer Rede in Paris beschäftigte sich Poincaré mit dem Bericht der Sachverständigen. Er führte u. a. aus:

Ich habe in deutschen Zeitungen und in gewissen französischen Blättern gelesen, daß der Bericht der Sachverständigen die Beurteilung unserer Außenpolitik und insbesondere der Ruhrbesetzung bedeute. Die Berichte der Sachverständigen sind im Gegenteil die eifrigste Rechtfertigung. Sie beweisen, daß trotz aller Dementis Deutschland sich fiktiv verarmt hat und daß es fähig ist zu zahlen. Deutschland hat seinen Bürgern nicht so viele Steuern auferlegt wie die alliierten Nationen. Andererseits ist die Expertise genau in dem Maße durchgeführt worden, den wir abgelehnt hatten. Sie kommt nicht zu dem Schluß, daß die Gesamtschuld der deutschen Schuld herabgesetzt werden muß. Sie zeigt die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Zukunft nicht fest, sie zeigt vielmehr, daß diese Zahlungsfähigkeit ununterbrochen wachsen wird. In diesem wesentlichen Punkte ist es also die französische Auffassung, die den Sieg davon trägt. Unsere Befreiung, die im übrigen produktiv geworden ist, hat also die doppelte Wirkung gehabt, die wir erhofft hatten, sie hat als Unterstützung für unsere Alliierten und als Finanzmittel gegenüber Deutschland gedient. Der Plan wird in seiner Gesamtheit ohne Zweifel die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit Deutschlands voraussetzen, aber von uns wird man erst verlangen können, daß wir unsere Pläne gegen umfangreichere und einträglichere einzutauschen, nicht auf eine prinzipielle Erklärung, nicht auf ein bloßes mit den Lippen gegebenes Versprechen hin, sondern wie es die Sachverständigen ausdrücklich schreiben, erst nach dem Deutschland in die Ausführung des Sachverständigenplanes eingetreten ist. Es kann selbstverständlich keine Rede davon sein, daß wir uns aus dem Ruhrgebiet zurückziehen, ehe wir Bezahlung des Anteils erlangt haben, der uns zusteht. Ebenfalls kann die Rede davon sein, daß wir die Erfassung unseres Landes lockern, ohne daß wir gleichzeitig die Möglichkeit in der Hand behalten, diese Erfassung, wenn nötig sicher und rasch wiederherzustellen. Der Bericht stellt sogar vor, daß politische Sanktionen zwecks Garantierung der Durchführung des vorzuschlagenden Planes für wünschenswert gelten können.

Mit der Frage, welchen modus procedendi die Reparationskommission nach Empfang der deutschen Antwort wählen wird, beschäftigt sich u. a. auch der Pariser „Temps“. Er sagt, das Wichtigste sei jetzt, daß die Reparationskommission die Vorschläge der beiden Expertenkommitees zu einem endgültigen Programm verarbeite, um die beteiligten Regierungen vor klare unabweisende Entscheidungen zu stellen, über die man sich leichter verständigen werde, als über hypothetische Eventualitäten.

Mit einer Beilage: 9 öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Politische Neuigkeiten

Die Reichsfinanzen im ersten Apriltrimester

Die Übersicht über die Finanzgebarung des Reiches in der ersten Aprilhälfte weist folgendes Ergebnis in Trillionen Mark auf:

1. **Einzahlungen:** Steuern, Zölle und Gebühren 106,92; b) Verschiedene Verwaltungseinnahmen 27,17; Summe der Einzahlungen: 134,09.

2. **Auszahlungen:** a) Allgemeine Reichsverwaltung 93,17; b) Steuerüberweisungen an Länder und Gemeinden 30,00; c) Verkauf von Goldschabanweisungen usw. zum Zwecke der Kursstützung 27,68; Summe der Auszahlungen: 150,75. Mithin **Zufußbedarf:** 16,66.

Die Rentenmark-Schuldwirtschaft betrug am 31. März 140,16, am 10. April 163,82 Trillionen Papiermark, das ist eine Zunahme von 17,67 Trillionen Papiermark. Der Erlös dieser Beträge dient, wie bekannt, als Betriebsmittelfonds.

In den Erläuterungen zu der Übersicht heißt es: „In den Zeitabschnitt vom 1. bis 10. April fallen 9 Zahltage. In diesen 9 Tagen betragen die Ablieferungen rund 184,1, die Auszahlungen rund 160,7, mithin der Zufußbedarf rund 16,6 Millionen Goldmark. Der Rückgang der Einnahmen um rund 45 Millionen Goldmark gegenüber der Bordschuld ist darauf zurückzuführen, daß die Einzahlungen auf die am 10. April fällig gewordenen Steuern sich erst in der nächsten Woche auswirken werden. Die Ausgaben sind um rund 38,6 Millionen Goldmark zurückgegangen und betragen im Tagesdurchschnitt nur 16,5 gegenüber 21 Millionen Goldmark in der Bordschuld, wobei indes zu berücksichtigen ist, daß in der Berichtshälfte keine Besoldungszahlungen, wohl aber rund 17,8 Millionen Goldmark Ausgaben für die Verzinsung der Reichsschulden der Rentenbank zu leisten waren.“

Polnische Wahl- und Wählerarbeit zu den Reichstagswahlen

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Obwohl nach dem Verluste der größten Teile Polens, Westpreußens und Oberschlesiens an eine größere Zahl von polnischen Mandaten im deutschen Reichstag nicht zu denken ist, geben sich die Polen doch der Hoffnung hin, am 4. Mai zwei Sitze oder gar noch mehr zu erlangen. Sie haben bereits im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und in Oberschlesien mehrere Versammlungen abgehalten, aber auch in Allenstein, in Berlin, in Breslau ja sogar in Hamburg haben polnische Wahlversammlungen stattgefunden.

Einer der tüchtigsten Agitatoren ist der polnische Vertreter im preussischen Abgeordnetenhaus, Herr Waczejwski, der in Wahlversammlungen in Allenstein und Berlin das Wort ergriffen hat. In Allenstein hat er damit gedroht, daß die Polen, falls sie die ihnen zustehenden Rechte nicht erlangen sollten, sich an ein auswärtiges Forum — er hat wohl an den Völkerbund gedacht, wenden würden und hat im übrigen zu eifriger Wählerarbeit aufgefordert, wobei er auf die Dänen als nachahmungswürdiges Beispiel eifriger Agitation hinwies. In einer Berliner Versammlung hat er denn auch einen dänischen Agitator das Wort ergreifen lassen.

Daß Herr Waczejwski eine gewisse, sagen wir höflich: Vorurteilslosigkeit besitzt, die ihn noch mehr zur Wählerarbeit geeignet erscheinen läßt, hat ihm im Spätherbst 1923 ein polnisches Blatt, die Allensteiner „Gazeta Olsztyńska“, bescheinigt. Dieses Blatt charakterisierte damals den strebsamen Abgeordneten folgendermaßen: „Große Freude herrschte unter der polnischen Bevölkerung des Ermland, als sie endlich den Zeitpunkt erlebte, wo sie einen eigenen Vertreter in Berlin besaß. Wie ein blindes Schuhn zum Ei kommt, so kam Johann Waczejwski zu diesem Amt. . . Herr Waczejwski hat sich zur Hauptaufgabe gestellt, Zwietracht und Haß zu verbreiten. Dazu verschaffen ihm die freie Eisenbahntarife und sein angeblicher Ruf bei allen denjenigen, die seinen Charakter — sofern man von einem Charakter Waczejwskis überhaupt sprechen kann — näher kennen. Zugaben muß man, daß Waczejwski auf dem Gebiete der Wählerarbeit und Aufschneidererei ohne Zweifel außerordentliche Fähigkeiten besitzt. . . Waczejwski wird — nach seinen eigenen Worten — über Leiden gehen, und nicht ruhen, bis er die unbeherrschten Leute niederringen wird, die sein nichtswürdiges Handeln auch nur mit Worten zu kritisieren gewillt sind.“

Dieser rühmlichen Schilderung des polnischen Agitators und Abgeordneten sei noch hinzugefügt, daß Herr Waczejwski offenbar auch der Zügel der Dankbarkeit ermangelt. Die Zentrumspartei hat sich stets der Polen, wenn sie in der Vorkriegszeit differenziell behandelt werden sollten, angenommen, zum Dank dafür hat Herr Waczejwski in Allenstein erklärt, das Zentrum unterfütze die Rechte der polnischen Minderheiten nicht und sei den Polen feindlich gesinnt. Deshalb dürfe kein Pole für einen Zentrumsmann stimmen. Es wäre wirklich jammervoll, wenn ein Mann von so hervorragenden Eigenschaften des Geistes und des Herzens wie Herr Waczejwski, nicht auch den deutschen Reichstag zieren sollte.

Auch sonst versteht man auf polnischer Seite sich sehr gut auf eine es mit der Wahrheit nicht eben genau nehmende Agitation. Der „Dziennik Berlinski“ sagte in einem Leitartikel über die Reichstagswahlen, daß die Polen trotz aller Versprechungen auf dem Papier in Deutschland keine Rechte besäßen. In demselben Atemzuge aber erklärt das Blatt, daß die Wahlausichten der Polen beträchtlich durch die Begründung des Bundes der Polen in Deutschland gestiegen seien, da dieser Bund das gesamte polnische Element im Rahmen einer Organisation vereine. Bedenkt man, daß die deutsche Organisation in Polen, der **Deutschlandbund**, durch Hausdurchsuchungen (in Polen im Herbst 1923, in Polnisch-Oberschlesien Mitte März 1924), Beschlagnahmen, Verhaftungen und Verbote aller Art schikaniert und lahmgelegt wird, während der viel aggressivere Bund der Polen in Deutschland sich frei entfalten und besonders jetzt bei den Wahlen eine sehr rührige Agitation entwickeln kann, so wird schon durch diese Parallele alle in die Behauptung, daß die Polen in Deutschland außer auf dem Papier keine Rechte besäßen, nur zu wenige beleuchtet. In einem gewissen Sinne des Wortes hat der „Dziennik Berlinski“, freilich recht, daß die Polen in Deutschland „Rechte auf dem Papier“ besäßen; sie besitzen nämlich auf dem Papier des „Dziennik Berlinski“, der „Gazeta Olsztyńska“ des „Narodowiec“ und wie die polnischen Blätter in Deutschland immer heißen mögen, das Recht, Deutschland in jeder Weise zu schimpfen und dem Auslande gegenüber zu verächtigen. Wenn der künftige Reichstag sich mit diesem Rechte der Polen einmal ein wenig näher befaßen wollte, so wäre das gar nicht so übel.

Besserung des Arbeitsmarktes. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im unbesetzten deutschen Gebiet ist nach einem W.D.V.-Telegamm neuerdings gefallen und zwar von 978 000 am 14. März auf 712 000 am 1. April. Allerdings ist der tatsächliche Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht so groß, weil auch gewisse Veränderungen in den Unterstützungsbestimmungen, die den Kreis der Unterstützungsempfänger teilweise verengt haben, mitsprechen. Immerhin ist eine Besserung des Arbeitsmarktes festzustellen. Die Besserung des Arbeitsmarktes im besetzten Gebiet scheint mit der Entwicklung im unbesetzten Gebiet nicht entfernt Schritt zu halten.

Kurze Nachrichten

Die Zahl der Bauvorhaben hat im März im Deutschen Reich nach der „Bauwelt“ erheblich zugenommen. Es wurden im März an Neubauvorhaben 1263 Wohnbauten, 654 Fabrikbauten, Werkstätten usw. gemeldet gegen 675 bezw. 135 im Februar.

Eine Volksabstimmung über den Achtstundentag bezweckt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in die Wege zu leiten. Er hat eine aus 5 Mitgliedern bestehende Kommission ernannt, die sich mit der Vorbereitung dazu beschäftigen soll.

Freilassung des Nationalsozialisten Esser. Der nationalsozialistische Agitator Hermann Esser, der seit dem Hitlerputsch flüchtig war und dieser Tage in Landsberg bei einem Besuch bei Hitler verhaftet worden war, wurde, wie aus München gemeldet wird, nach eingehender Vernehmung auf freien Fuß gesetzt.

Das neue thüringische Staatsministerium wurde am Dienstag im thüringischen Landtag gebildet. Dr. Leuthauser und Dr. Sattler blieben in der Regierung. Das Finanzministerium übernimmt Dr. von Klüsch. Für das neue Ministerium stimmten 32 Abgeordnete, dagegen 23. Der Abg. Klueger erklärte, seine (die demokratische) Fraktion könne die stark unter deutsch-völkischem Einfluß stehende Regierung nicht wählen.

Berichtigung der Abgeordnetenzahl in Preußen. Der preussische Staatsrat nahm einen Antrag an, wonach die Zahl der Landtagsabgeordneten und der Staatsratsmitglieder um die Hälfte verringert werden soll: Der Landtag würde danach nur noch 210 Abgeordnete, der Staatsrat 39 Mitglieder zählen.

Die französischen Wahlen. Im Pariser „Journal Officiel“ ist die Verordnung über die Wahlen am 11. Mai erschienen. Die Stichwahlen finden am 25. Mai statt. Die neue Kammer wird am 1. Juni zusammentreten und nach den letzten Beschlüssen des Parlaments nur noch 584 anstatt 628 Abgeordnete umfassen.

Die Sozialistenaufstellung in Dänemark. Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, beauftragte der König den sozialdemokratischen Folketingabgeordneten Stauning mit der Bildung des neuen Ministeriums. Stauning hat sich hierzu bereit erklärt. Die Sozialdemokratie ist bei den Wahlen mit 55 Abgeordneten die stärkste Partei des Parlaments geworden.

Badischer Teil

Ausbau von Kleinkraftwerken

i. Wühl, 14. April. Dieser Tage kam ein von der Gemeinde Lauf (Amt Wühl in Baden) erstelltes Wasserkräftwerk in Betrieb. Mit dem Bau des Werkes wurde unter Oberleitung des Ingenieurbüros Lubin A.-G., Karlsruhe, im Juni vorigen Jahres begonnen. Es handelt sich um eine typische Kleinkraftwerk, die in einem mittels einer 6 Meter hohen Keilen-Lafette gebildeten Becken eine fast vollständige Speicherung des Nachflusses gestattet. Durch eine hier in Deutschland zum ersten Mal in größerem Umfang verlegte Holzrohrleitung von 50 cm Durchmesser und 1600 m Länge, geleitet von der Holzrohrleitung A.-G. Freiburg, wird die Betriebswasserform vom Becken bis zum Wasserschloß geleitet, von wo die Fallrohrleitung zu dem 200 Meter tiefer liegenden Krafthaus führt. Der oberste Teil der Fallrohrleitung bis zu einem statischen Druck von 80 Meter ist ebenfalls in Holzrohrbauweise ausgeführt worden. Im Krafthaus wird mittels einer Pelton-turbine eine Höchstleistung von 425 Pferdestärken erzeugt. Unmittelbar gekoppelt mit der Turbine ist ein Drehstromgenerator von 440 KVA. Die Gesamtleistung des Werkes wird reiflos vom Überlandwerk Abens abgenommen; die Wirtschaftlichkeit des Werkes ist durch langjährigen Betrieb gesichert. Die Gemeinde hat es verstanden, durch geschickte Finanzpolitik Möglichkeiten in der Inflationszeit auszunutzen, so daß sie das Werk in der erstaunlich kurzen Zeit von rund 10 Monaten fertigstellen konnte.

Es bedient vielleicht in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen zu werden, daß zurzeit im Schwarzwald mehrere derartige Hochdruckanlagen im Bau sind, z. B. das unmittelbar im Tal neben Lauf gelegene Werk der Gemeinde Sasbachwalden, mit einer Gefällstufe von rund 300 Meter und einer Maschinenleistung von vorerst 325 Pferdestärken, und das für Sasbach im badischen Murgtal im Bau befindliche Sasbachwerk mit einer Gefällstufe von rund 200 Meter und einer Maschinenleistung von 540 Pferdestärken. Während bisher die Anlage der Gemeinde Sasbachwalden mit 300 Meter Gefälle tatsächlich die zweitgrößte Gefällstufe in Deutschland ausnützt (das zurzeit im Bau befindliche Murgwerk weist 345 Meter Gefälle auf) wird gegenwärtig im Standgebiet mit dem Bau einer noch größeren Gefällstufe begonnen. Dies Werk wird eine Druckhöhe von 500 Meter ausnützen. Die Ausbauleistung wird nach Erstellung des vorgesehenen Jahresbeckens rund 2400 Pferdestärken betragen. Es dürfte vielleicht noch interessieren, daß derartige hohe Gefällstufen im ganzen badischen Schwarzwald nur an dieser einzigen Stelle und noch bei dem im gleichen Gebiet für die Stadt Freiburg im Breisgau geplanten Elzwerk mit 640 Meter Bruttogefälle erreicht werden. Projektierung und Bauleitung aller dieser Hochdruckanlagen liegen in den Händen des Ingenieurbüros Lubin A.-G., Karlsruhe.

Die Errichtung eines Evang. Landeswohlfahrtsdienstes

ep. Zur Vertretung der evang. Belange bei der Bildung eines Landesfürsorgeverbandes und eines Landesjugendamtes hat der Oberkirchenrat unter Vereinbarung mit dem Bad. Landesverein für Innere Mission einen Evang. Landeswohlfahrtsdienst gebildet. Dessen Vorstand setzt sich zusammen aus 3 Vertretern der evang. Landeskirche, darunter einem Beauftragten des Evang. Oberkirchenrats, und 3 Vertretern des Bad. Landesvereins für Innere Mission nämlich, dessen Vorsitzenden und den beiden Vereinsgeistlichen. Den Vorsitz führt der Beauftragte des Oberkirchenrats. Zu Geschäftsführern werden die beiden Vereinsgeistlichen bestimmt, der Landeswohlfahrtsdienst als erster, der Landesjugendpfarrer als zweiter.

Die evang. Bezirks- und Ortswohlfahrtsdienste in den Bezirksfürsorgeverbänden gelten als Unterabteilungen des Landeswohlfahrtsdienstes. Seine Geschäftsstelle ist mit der des Landesvereins für Innere Mission (Karlsruhe, Rebenackerstraße 12) verbunden.

Begleitet durch Baden. Über die vielbesuchten Reise- und Erholungsgebiete des Badenlandes unterrichtet eine unter obigen Titel vom Badischen Verkehrsverband herausgegebene praktische Schrift. Der Begleitet enthält die wichtigsten Angaben über die einzelnen Städte, Bäder und Kurorte im Schwarzwald und Oberrhein, am Bodensee, Rhein und Neckar, und zwar insbesondere über die geographische Lage, über Zwecke und Unterkunftsbedingungen sowie Seilanstiegen und Seilmittel. Bezug durch den Badischen Verkehrsverband Karlsruhe und die Reise- und Verkehrsbüros an allen größeren Plätzen.

Kommunale Rundschau

Die Aufwertung der Sparguthaben.

Das Mannheimer Städtische Nachrichtenamt teilt mit: Durch die Entwertung alter Forderungen sind weite Kreise, insbesondere die Kunden der Sparkassen betroffen. Gar Viele klagen darüber, daß sie nach einem arbeitsreichen und sparsamen Leben vor einem Nichts stehen; sie geben ihrer Enttäuschung in mehr oder minder scharfen ärgerlichen Worten Ausdruck und nicht selten richtet sich der Groll gegen die Schuldner, bei den Spareinlegern gegen die Sparkassen. Letztere werden von den ganz Uneinsichtigen mitunter sogar schlechter Vermögensverwaltung bezichtigt. Um diese Einwände zu widerlegen und die ganze Angelegenheit einmal vom sachlichen Standpunkt zu beleuchten, sei folgendes festgestellt:

Die Sparkassen waren durch das frühere Sparfassengesetz an bestimmte Arten von Kapitalanlagen, die nach alten Erfahrungen als besonders sicher galten, gebunden. Es kamen im wesentlichen 1. Hypotheken, Reichs-, Staats- und Städteanleihen, Lombard- und Schuldscheindarlehen sowie Anlagen bei Banken in laufender Rechnung in Frage. Den Sparkassen war es unterlag, sich Rücklagen in Devisen und fremden Geldorten anzusammeln, wie das den privaten Banken zu deren Vorteil gestattet war. Nun ist bekannt, daß jeder Schuldner im Laufe der letzten Jahre seine Verbindlichkeiten abgedeckt hat, ohne daß die Sparkassen es hindern konnten; denn es galt nach ständiger Übung und Rechtsprechung bis jetzt in die 2. Hälfte des Jahres 1923 der Grundsatz, daß Mark gleich Mark sei. Den Sparkassen sind aus ihren alten Forderungen an Private nur ganz wenige geblieben; es mögen im Durchschnitt 1 Prozent der früheren Hypotheken und anderer Vermögensanlagen sein, die einer Aufwertung nach der 3. Steuernotverordnung unterliegen. Die großen Kosten an Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen in Reichsmark sind vorläufig ziemlich wertlos; ihre Verzinsung und Einlösung kam bis zur Erledigung sämtlicher Reparationsverpflichtungen nicht gefordert werden. Angesichts dieser Sach- und jetzigen Rechtslage ist es ausgeschlossen, daß die Aufwertung in ihrer derzeitigen Regelung für die Spareinleger im allgemeinen etwas Namhaftes abwirft. Soweit eine Teilungsmasse vorhanden ist, würde sie im wesentlichen wohl den Minderparcialanlagen zugute kommen.

Nun ist aber nach allgemeiner Anschauung das ganze Problem der Aufwertung durch die 3. Steuernotverordnung noch nicht endgültig gelöst, es ist nur aufgeschoben. Wenn auch eine alle Teile befriedigende Lösung nicht zu erwarten ist, so muß doch der einmal beschrittene Weg fortgesetzt und angestrebt werden, daß durch eine Verbesserung der 3. Steuernotverordnung den Sparkassen die Mittel zu einer annehmbaren Aufwertung der Sparguthaben zur Verfügung stehen.

Das ist aber nur möglich, wenn die Hypotheken weit höher als bis zu 15 Prozent aufgewertet werden und die Aufwertungspflicht vor allem auch rückwirkend auf die in den letzten beiden Jahren mit entwertetem Geld schon heimbezogenen Hypotheken ausgedehnt wird. Hieraus ergäbe sich immerhin eine anscheinlichere Teilungsmasse für die Sparkassen. Der neue Reichstag wird sich mit der Aufwertungsfrage beschäftigen müssen; seine Mitglieder werden schon aus dem Wahlkampf die Erkenntnis mitbringen, daß die große Masse des Volkes an Treu und Glauben verzweifelt und daß der öffentliche Kredit auf Jahrzehnte verloren ist, wenn nicht die Aufwertungsfrage über die 3. Steuernotverordnung hinaus in obigem Sinne zugunsten der Spareinleger und mithin auch der Sparkassen ihre Erledigung findet.

Der **Badische Sparkassen- und Giroverband** wird in diesem Sinne gleich den übrigen Verbänden im Reich bei den nachgehenden Stellen vorstellig werden, um noch zu retten, was zu retten ist. Jedenfalls ist es eine schwere Verleugnung der Tatsachen, wenn den Sparkassen im Hinblick auf das Geschehene ein Vorwurf gemacht wird. Es ist aber auch verfehlt und der Volksgemeinschaft schädlich, wenn man sich heute nach eingetretener Stabilität gegen das Sparen sperrt aus Verärgerung über das infolge des unglücklichen Kriegs und der Inflationspolitik verloren gegangene Reichsmarkguthaben. Noch schlimmer ist es, wenn bemerkt wird, daß die Sparkassen gegen den Sparfiskus gehet wird. Damit wird nur der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft in unerantwortlicher Weise gehemmt. Das deutsche Sparkapital ist einmal gerettet; es muß mühsam von neuem gebildet werden. Die Sparkassen sind die besten Sammelbecken dieser Spargelder; aus ihnen soll die Wirtschaft mit dem heute so gesuchten und begehrten Kapital beschützt werden. Die heute noch fast untragbar hohen Leihzinsen werden von selbst niedriger, sobald den Geldanbietern mehr Leihkapital, den Sparkassen also mehr Spareinlagen zur Verfügung stehen. Auch die unbedingte Wertbeständigkeit ist heute bei den Sparkassen sichergestellt, da alle Ausleihungen auf Dollar- und Goldbasis erfolgen, folglich jeder Schuldner der Sparkasse für eine etwaige Geldentwertung haftet. Damit kommt dieser Vorteil dem Spareinleger zu. Es heißt jetzt mehr als je: Spare in der Zeit, so hast Du in der Not.

Bürgermeisterwahl. In St. Blasien fand die Bürgermeisterwahl statt. Gewählt wurde Dr. Schuberger, Geschäftsführer des Badischen Beamtenbundes in Karlsruhe. Von 1197 Wahlberechtigten stimmten 732 ab. Hieron erhielt Dr. Schuberger 482, sein Gegenkandidat 221 Stimmen, 29 Stimmen waren ungültig bezw. gesperrt. Damit hat die verhältnismäßig langanhaltende bürgermeisterlose Zeit für St. Blasien ihr Ende gefunden.

Der **Bürgerausschuß Konstanz** beschloß, das hiesige Stadttheater auch den Sommer über als „Kurtheater“ spielen zu lassen.

Die **Wasser- und Straßenbauverwaltung Rehl** läßt zurzeit die an der Rheinbrücke beginnende Landstraße, die einen Teil der Haupt- und der Karlsruhe Straße unserer Stadt ausmacht, mit einem neuen Belag versehen. Es wird wohl im ganzen Lande keine Staatsstraße geben, die in den letzten Jahren mehr benutzt und schwerer mitgenommen wurde, wie diese. In Sonderheit war das der Fall, als der Eisenbahnverkehr Oppenau—Offenburg unterbrochen war und die Achter Frachtgüter mittels Kraftwagen an- und abgefahren werden mußten, soweit das nicht durch die Nebenbahnen geschehen konnte. Um nun der im Sommer herrschenden Staubplage vorzubeugen, hat die Stadtwirtschaft Rehl bei der badischen Regierung beantragt, daß die Strecke Rheinbrücke—Königsbrücke der Staatsstraße wie in früheren Jahren geteert wird und sich bereit erklärt, die Hälfte der entstehenden Kosten zu tragen.

Aus der Landeshauptstadt

Eine **Gedächtnisfeier für die Großherzogin Luise** veranstaltet der badische Frauenverein am Donnerstag, den 24. April, nachmittags 4 Uhr im Speisefaal des Ludwig-Wilhelm-Straßenheims (Kaiserallee 10) für seine Mitglieder. Die Gedächtnisrede hat Prälat D. Schmittner übernommen.

Arbeiterückfahrkarten. Anlässlich der Osterfeiertage wird die Geltungsdauer der Arbeiterückfahrkarten derart festgesetzt, daß die am 17. April gelösten Karten zur Rückfahrt bis einschließlich 22. April benutzt werden dürfen. Das gleiche gilt für Schülerückfahrkarten.

Offenstühle mit den neuen ermäßigten Sonntagskarten. Mit der Ausgabe der ermäßigten Sonntagskarten, die, wie der Badische Verkehrsverband mittel, allen wichtigeren Stationen in der vorgesehenen Anzahl nunmehr reiflos zugegangen sind, ist bereits begonnen worden. Der Osterverkehr wird hierdurch eine außerordentlich starke Belebung erfahren, umso mehr, als die ab Donnerstag, den 17. April, mittags 12 Uhr, zur Ausgabe gelangenden Sonntagskarten ausnahmsweise zur Rückfahrt bis einschließlich Ostermontag gelten. Der auf diese Weise geförderte Ausflugsverkehr wird sich in den beliebtesten Ausflugsorten des Schwarzwaldes, am Bodensee, im Neckartal und an der Bergstraße besonders stark fühlbar machen. In ungelehrter Weise werden die neu eingeführten Sonntagskarten nach den sogenannten Kulturorten, wie Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, Forstheim, Baden-Baden, Freiburg und Konstanz diesen Städten einen größeren Verkehr aus dem Lande bringen. Da der gesteigerte Verkehr nach den Städten sich entgegengekehrt zu den Touristenzielen bewegt, so ergibt sich hieraus für die Eisenbahnverwaltung eine wirtschaftlich vorteilhafte Ausnutzung der Züge in beiden Richtungen.

Schnellste Reiseverbindungen nach und durch Baden. Seit die Züge nach Baden und die Durchzüge nach Appenzel-Aargau wieder ungehindert vor sich gehen kann, hat der Fahrplan der badischen Hauptlinie infolge fortwährender Zunahme des Verkehrs wiederholt erhebliche Verbesserungen und Ergänzungen erfahren. Über den neuesten Stand der direkten Zugverbindungen über Frankfurt nach und von Baden sowie nach und von der Schweiz und Italien hat der Badische Verkehrsverband Karlsruhe unterm eine übersichtlichen Streckenfahrplan herausgegeben, der durch die Reise- und Verkehrsämter im In- und Ausland zur Verbreitung kommt.

Der Reichsbund deutscher Eisenbahnvorsteher und Sekretäre hielt hier eine Landesversammlung ab, in der eine Entschiedenheit angenommen wurde des Inhalts, daß mit allem Nachdruck die Erhaltung des Berufsbeamtenwesens bei der bevorstehenden Umwandlung des Reichsbahnunternehmens in eine Aktiengesellschaft verlangt wird.

Die preussisch-sächsische Klassenlotterie weist in ihrer heutigen Ausgabe des hiesigen Lotterienachrichters, Heft 11, auf die Gewinnaussichten hin, welche nun nach Festigung der Währung diese staatliche Lotterie bietet.

Kurze Nachrichten aus Baden

Aus der evangelischen Landeskirche. Ernannt wurde Pfarrer Eduard Gehard in Mannheim zum Pfarrer in Rastatt, Pfarrer Gerhard Knobloch in Mannheim zum Religionslehrer an der Fortbildungsschule daselbst, Pfarrer Winfried Schmidt in Hohenbaden zum Religionslehrer an der Fortbildungsschule in Heidelberg, Pfarrer Paul Werner beim Landesverein für Innere Mission wurde als 1. Geschäftsführer des Evangelischen Landeswohlfahrtsdienstes zum Landeswohlfahrtsleiter ernannt. Unter Anerkennung ihrer langjährigen treu geleisteten Dienste treten in der Zeit bis zum 1. Oktober in den Ruhestand die Pfarrer Hugo Blum in Lengen, Stefan Kirchenrat Hermann Kiefer in Rosbach, Wilhelm Glöck in Gallingen, Johannes Kiehl in Mannheim-Sandhofen, Hermann Wenz in Ittersbach und Johannes Kuffow in Altenheim, Stadtpfarrer Max Bähr in Baden-Baden tritt in den Dienst des Badischen Verkehrsverbandes gegen den Alkoholismus und wird unter Verleihung des Titels Pfarrer beurlaubt. — Zur Bekämpfung der Gemeindefürsorge sind ausgeschrieben: die beiden Pfarren an der Friedenskirche und die Melanchthonskirche in Mannheim, ferner die Pfarre in Spöck.

Vertraute Verträge gegen die Ausreiserverordnung. Wie der „Oberrheinische Anzeiger“ meldet, verhängte das Finanzamt I in Frankfurt a. M. gegen einen Fabrikanten, der unter Befreiung von der Ausreisergebühr versucht hatte, seine Geliebte ins Ausland mitzunehmen, eine Geldstrafe in Höhe von 5000 Goldmark wegen Verstoßes gegen die neue Ausreiserverordnung.

Frühling im Badnerland. Unter allen deutschen Gebieten weist das badische Land das mildeste Klima im Frühjahr auf, von hier hält der Frühling seinen Einzug in die deutschen Gauen. Der Wintereisgänger an der Bergstraße, im Neckar- und Kinzigtal, die Frühlingspracht längs des Rheinkales, in den Vorbergen des Schwarzwaldes, wie bei Baden-Baden und Badenweiler sind seine Vorboten. Zahlreiche Kurorte in den stillen und sonnigen, gegen Norden geschützten Hochtälern des Schwarzwaldes laden zur Erholung in neuwertigsten Ferienorten ein. So eignet sich das badische Land in besonderem Maße zu Frühjahrsreisen und Frühjahrsaufenthalten. Der Badische Verkehrsverband hat es unternommen, die Kenntnis dieser Vorzüge in die weitesten Kreise zu tragen. Soeben ist ein wirkungsvolles Plakat „Frühling im Badnerland“ zur Ausgabe gelangt. Unter dem gleichen Titel wird ein mehrfarbiges, illustriertes Flugblatt dieser Art erscheinen, dem die neue Ausgabe des Hotelführers für Baden in Kürze folgen wird. Die Verbreitung dieses gut ausgestatteten Werbematerials wird in weitestem Umfang im In- und Ausland erfolgen.

DZ. Mannheim, 14. April. Der Landesauschuss der Deutschen Volkspartei der Pfalz, der am letzten Freitag hier tagte, stellte für die Reichstagswahl die bisherigen Reichstagsabgeordneten Dr. Sapp und Janon wieder auf. Für den Landtag kandidieren Burger, Matz, Gollwitzer, Münzinger, Naffiga, Ruppel und Hermann (Walsheim).

DZ. Heidelberg, 14. April. Hier fanden sich weit über 200 Teilnehmer zur 26. Hauptversammlung der Mathematiker und Naturwissenschaftler zusammen. Der erste Vortragende des Vereins, Prof. v. Gauß, ist auf der Reise von Weich hierher in Frankfurt leider eines plötzlichen Todes gestorben. Ihm widmete man in der Eröffnungsfeier einen ehrenvollen Nachruf. Auf der Tagesordnung standen mehrere Vorträge. Auch die Regierungen von Baden, Preußen, Württemberg und Hessen hatten Vertreter entsandt.

DZ. Heidelberg, 15. April. Der Apparat der Königsstuhlherauswarte registrierte gestern nachmittags zwischen 1/2 und 3/4 Uhr ein heftiges Fernbeben, dessen Herd etwa 1000 Kilometer entfernt liegt.

DZ. Aus Mittelbaden, 12. April. Die Maul- und Klauenseuche tritt in Mittelbaden in stärkerem Maße auf. In den letzten Tagen ist sie weiter aufgetreten im Farnenstall in Osnabach, in den Gemeinden Moos, Oberbruch und Lauf.

DZ. Aus dem Breisgau, 16. April. Aus den Kreisen der Fischereipächter kommen immer stärkere Klagen über den Niedriggang der Forellenbestände in den heimischen Gewässern infolge von Krankheiten. Einerseits ist es eine pestartige Krankheit, die das rasche Sterben der davon befallenen Tiere veranlaßt, andererseits die Furunkulose, die etwas langsam zum Tode führt. Letztere Krankheit zeigt sich äußerlich durch mächtigen Schwellen, die beim Ausbreiten über einen bestimmten Teil des Fischkörpers das Wirtstier herbeiführt. Leider dürfte es keine Mittel geben, diese Krankheiten zu bekämpfen, und man wird damit rechnen müssen, daß diese tödliche Fische ein recht seltener Delikatessen werden.

ep. Freiburg 15. April. Über Ostern findet hier der Landesverbandstag der evang. Volkvereine statt. Am Ostermontag wird zuerst Delegiertenversammlung sein. Abends folgt ein Familienabend im Pauluskol. Am Ostermontag ist in der Ludwigskirche Festgottesdienst mit Festpredigt des Generalsekretärs Pfarrer Dr. Fink aus Mannheim.

DZ. Konstanz, 15. April. Die Schweizerische, welche infolge der finanziellen Unterstützung mildtätiger Schweizer den harten Winter über circa 1400 arme bedürftige Leute versorgt hatte, nimmt am kommenden Mittwoch ihr Ende.

DZ. Konstanz, 15. April. Heute mittags zwischen 1/2—3/4 Uhr wurde hier ein leichter Erdstoß verspürt. Schaden ist nicht angerichtet worden.

DZ. Konstanz, 12. April. Zu dem Kreisfest des 10. deutschen Turnkreises (Baden), welches, wie gemeldet, im August hier stattfinden soll, liegen heute bereits zahlreiche Anmeldungen von Vereinen vor. Sie haben jetzt schon die Zahl von 155 Vereinen mit über 4000 Teilnehmern erreicht. Um dem zu erwartenden erhöhten Zustrom und Verkehr Rechnung zu tragen, hat sich ein besonderer Turnfahrten-Ausschuß gebildet, der die geplanten Wanderungen in das benachbarte Alpengebiet nach dem Turnfest organisieren soll.

DZ. Ludwigshafen, 11. April. Wie dem Wolffbüro von zuständigen Stelle gemeldet wird, ist in dem Dienst der Ludwigshafener französischen Brückenabteilung eine Änderung eingetreten. Das Zollamt war bisher für den Verkehr ununterbrochen bis abends 8 Uhr geöffnet. Seit vergangenen Montag ist das Passieren der Brücke für alle Fuhrwerke mit zollpflichtigen Waren, einschließlich Autos, nur von vormittags 9 bis 12 Uhr mittags und nachmittags von 2 bis 6 Uhr gestattet. Für alle sogenannten Leerfuhrwerke und Leerautos bleibt der Verkehr über die Brücke wie bisher bestehen. Die elektrischen Wagen werden nicht mehr vom Militär nach Zollabstem, sondern von Zollbeamten kontrolliert.

Aus dem Elsaß. Beim Bohren eines Brunnen bei Sundehausen (Kreis Schleisstadt) stieß man auf fetthaltiges Wasser mit starkem Petroleumgeruch. In einer Tiefe von 5 Metern enthielt nach sachverständiger Feststellung das Wasser schon 6 Prozent Rohöl. Man wird durch weitere Bohrungen feststellen, in welchem Umfang Rohöl aufzutauchen wird.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	15. April		16. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 559 100	1 566 900	1 561 100	1 568 900
Kopenhagen	697 300	700 700	695 300	698 700
Italien	186 500	187 500	187 500	188 500
London	18 255 000	18 345 000	18 255 000	18 345 000
Newyork	4 190 000	4 210 500	4 190 000	4 210 500
Paris	261 300	269 700	259 400	260 600
Schwiz	739 100	742 900	738 200	748 800
Wag	124 600	125 400	124 600	125 400
Wien (100 Kronen)	60 800	61 200	60 800	61 200

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Saatensland im Deutschen Reich (Anfang April 1924). Durch die ungewöhnlich lange Dauer des Winters ist das Pflanzenleben gegenüber sonstigen Jahren noch sehr weit in der Entwicklung zurück. Auch der Umfang der Auswinterung läßt sich daher noch nicht übersehen. Wo die schneehede Schneedecke in den letzten Wochen fehlte, zeigten die Saatsfelder als Folge der Kahlfröste mancherlei Lücken; im allgemeinen scheinen die Winter Schäden aber nicht so groß zu sein, wie befürchtet wurde. Im Reichsdurchschnitt ergibt sich unter Zugrundelegung der Zahlennoten 1 gleich sehr gut, 2 gleich gut, 3 gleich mittel, 4 gleich gering, 5 gleich sehr gering, folgende Beugung: Winterweizen 3,2 (gegen 2,7 im Dezember 1923), Winterroggen 2,7 (2,2), Wintergerste 3,4 (2,6). — Auf die Feldmäuse hat der strenge Winter anscheinend nicht in dem Maße eingewirkt, wie man erwartet hatte. Verschiedentlich wird vielmehr über starke Schäden berichtet, die diese an jungen Saaten angerichtet haben, namentlich in Kleefeldern, in denen auch mehrfache Umpflügungen notwendig werden. Die Bestellung der Frühjahrssaaten ist allgemein noch weit im Rückstand. Sie hat, da der Boden zum Teil noch gefroren war, überall erst Ende März begonnen.

Süddeutsche Hen- und Straßpreise. Es notierten an der letzten Börse je 100 Kilogramm Bienenhonig 9,50 bis 10 (unverändert), Kleehonig 10 bis 11 (unverändert), drahtgepreßtes Stroh 6 bis 6,5 (unverändert) Goldmark.

Die Zukunft des japanisch-chinesischen Handels

Aus Yokohama wird uns geschrieben: Die Merkmale der japanisch-chinesischen Handelsbeziehungen im vergangenen Jahre waren abnehmende Einfuhr aus Japan, zunehmende Ausfuhr aus China. Während das Reich der Mitte 1923 von seinem Inselnachbarn für 246,5 Millionen Yen Waren bezog gegenüber einem Einfuhrwert von 311 Millionen Yen im Vorjahre, erhöhte sich die chinesische Ausfuhr nach Japan von 161,1 Millionen auf 176,6 Millionen Yen. Der Hauptgrund des Niederganges der japanischen Warenimporte ist in dem starken und wirksamen Boykott japanischer Fabrikate durch die chinesische nationalistische Bewegung zu suchen, der sich hauptsächlich gegen den wichtigsten Ausfuhrposten des Inselreiches, das Baumwollgarn, richtete. Das furchtbare Erdbebenunglück im September vorigen Jahres hat zu einer Aufhebung des Boykotts geführt und damit alsbald zu einer Erhöhung der Gesamtausfuhr nach China, da sich die Baumwollindustrie Japans sehr schnell von den durch die Naturkatastrophe erlittenen Verlusten zu erholen vermochte. Wenn auch der Warenbezug Chinas, nur etwa die Hälfte dessen beträgt, was die Vereinigten Staaten von Japan kaufen, so bleibt doch der chinesische Markt das wichtigste Absatzgebiet für die industrielle Produktion des Mittelreiches, da China die Hälfte des Exportüberschusses der japanischen Baumwollindustrie aufnimmt. Von der etwa 2,2 Millionen Ballen betragenden durchschnittlichen Jahreserzeugung an japanischem Baumwollgarn werden 10 Prozent ausgeführt, davon geht die Hälfte nach China. Ebenso geht das Reich der Mitte zu den wichtigsten Abnehmern japanischer Baumwollstoffe. Das erklärt sich vor allem daraus, daß Japan die in Ostasien stark gekauften billigeren Textilwaren hergestellt und sich dem landesüblichen Geschmade gut anpassen weiß. Außer Baumwollwaren liefert Japan natürlich dem chinesischen Markt auch noch Produkte anderer Industrien, so der Eisen- und Stahlindustrie, der Papierindustrie, chemischen Industrie usw. Aber das Hauptgewicht liegt doch auf der Ausfuhr von Baumwollerezeugnissen. Gerade auf diesem Gebiete aber beginnt man in den Kreisen der japanischen Textilindustrie mit Besorgnis der kommenden Entwicklung entgegenzugehen. China ist im Begriff, selbst eine ausgedehnte und leistungsfähige Textilindustrie zu entwickeln, welche die Einfuhr ausländischer Waren auf die Spezialitäten beschränken soll, die das Land aus klimatischen oder technischen Gründen nicht herauszustellen vermag.

In weiser Voraussicht dieser Entwicklung hat nun aber das japanische Kapital in hervorragendem Maße in der ausblühenden chinesischen Textilindustrie Fuß gefaßt. So befinden sich in Shanghai von 1 Million Baumwollspinneln über 852 000, d. h. über ein Drittel in japanischen Händen. Von den bestehenden 87 Baumwollfabriken gehören 13 japanischen Eigentümern und von 13 in Bau befindlichen werden 11 mit japanischem Kapital errichtet.

In gleichem Maße ist auch das Bestreben der Japaner dahin gegangen, sich das Übergewicht in der jungen, sehr aus sich reichenden manufakturischen Textilindustrie zu sichern. Mag nun aber auch der Ertrag des so investierten japanischen Geldes dem Heimatlande zufließen, die negative Wirkung auf den Warenbezug von dorthin dürfte von nicht zu unterschätzender Bedeutung werden.

Dazu kommt noch ein anderes: bisher bezogen die japanischen Baumwollspinnereien 7 Prozent des von ihnen verarbeiteten Rohstoffes aus China. Mit zunehmendem Eigenverbrauch des Landes an Rohbaumwolle wird natürlich die Ausfuhr dieser Textilfasern wesentlich eingeschränkt werden, was bei der Billigkeit des chinesischen Produktes für die japanische Industrie von erheblicher Bedeutung ist. Wie sehr sich die Sachlage zu verschleppen beginnt, ist daraus ersichtlich, daß in letzter Zeit chinesische Garne auf dem japanischen Markt angeboten werden, die sich als durchaus wettbewerbsfähig mit dem einheimischen Produkt erweisen.

Verschiedenes

Das Vermögen von Hugo Stinnes Die Berliner Montagpost bringt eine Zusammenstellung der Besitztümer und Verschuldungen des verstorbenen Hugo Stinnes, aus der der rapide Aufstieg dieses Mannes bis zum Besitzer eines Vermögens ersichtlich ist, das ihn den reichsten Leuten der Erde an die Seite stellt. Das Stammkapital der Hugo Stinnes G. m. b. H. bei der Gründung der Firma im Jahre 1902 betrug 50 000 Mark. Gesellschafter waren damals nur Hugo Stinnes und seine Frau, mit der er übrigens Gütertrennung vereinbart hatte, und ein inzwischen verstorbener Prokurist. Allerdings wird Stinnes schon damals Millionär gewesen sein. Sein versteuertes Einkommen stieg von 1905 mit 500 000 Mark im Jahre auf fast eine Million im Jahre 1910. Bereits 1905 wurde sein Vermögen auf 15 bis 20 Millionen geschätzt, 1908 auf annähernd 30 Millionen. Das Vermögen stieg dann während des Krieges bis auf 50 Millionen und heute schätzt man es in ausländischen Staatstiteln auf 100 Millionen Dollar. Wie unsicher freilich diese Ziffern sind, ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung der Unternehmungen, an denen er entweder die Aktienmajorität oder doch sehr große Beteiligungen besitzt. Allein der von ihm finanziell beherrschte Konzern der Siemens-Rhein-Elbe-Schulder-Union umfaßt 47 Gesellschaften, zu denen noch zahlreiche andere kommen, an denen er auch wiederum selbst finanziell beteiligt ist. Dann kommt der sogenannte Stinnesche Privatkonzern, dessen Dachgesellschaft die Hugo Stinnes G. m. b. H. ist, und an dessen wiederum 45 Unternehmungen Stinnes stark beteiligt ist. Bei all diesen Gesellschaften tritt die Stinnesche Vertikalkonstruktion in die Erscheinung, denn sie umfassen so ziemlich jede Industrie, vom Rohprodukt bis zum letzten Fertigfabrikat. Von besonderem Interesse sind weiter die Auslandsbeteiligungen. Allein die Siemens-Rhein-Elbe-Schulder-Union hat an 80 ausländischen Gesellschaften Anteil, wozu noch mehrere hundert ausländische Vertretungen und Gesellschaften kommen. Darunter ist die Hugo Stinnes G. m. b. H. an 49 ausländischen Werken beteiligt, u. a. in Schweden, England, Holland, Norwegen, Dänemark, Schweiz, Rumänien, Österreich, Ungarn, Südamerika, Hollandisch-Indien und auch Nordamerika.

Staatsanzeiger

Verordnung (vom 14. April 1924).

Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln sowie Gebrauchsgegenständen

Unter Abänderung der Verordnung vom 6. Mai 1920 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 231 ff.) und unter Aufhebung der Verordnung vom 20. Oktober 1923 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 332) wird mit Wirkung vom 1. April 1924 bestimmt:

1. Die im Verzeichnis enthaltenen Untersuchungengebühren (A—D) werden in Goldmark berechnet und angefordert.

2. Die Gebührensätze umfassen auch die Vergütung für die bei der Untersuchung etwa verbrauchten Hilfsmittel sowie für die kurze schriftliche Beurteilung und Begutachtung der untersuchten Gegenstände.

3. Bei allen Untersuchungen, welche zur Durchführung der polizeilichen Nahrungsmittelkontrolle im Auftrag und für Rechnung von Gemeinden ausgeführt werden, welche die Untersuchungsanstalt als für sie errichtet anerkannt und mit ihr einen Vertrag abgeschlossen haben, sind die Gebühren des Verzeichnisses auf die Hälfte zu ermäßigen.

Bei Beanstandungen, die zu einer rechtskräftigen Beurteilung führen, werden jedoch die Gebühren des Verzeichnisses voll in Rechnung gestellt und eingezogen, ohne daß die in Absatz 3 Abs 1 vorgesehene Ermäßigung eintritt.

Karlsruhe, den 14. April 1924

Der Minister des Innern Kemmle

Der zwischen der Gesamtgemeinde Bamberg, deren Revisor Ernst Reute und der Gemeinde Lippertsreute (Amtsbezirk Oberlingen) mit Zustimmung der zur Vertretung der betreffenden Gemarkungen zuständigen Organe abgeschlossenen Vereinbarung über die Loktrennung des Nebenorts Ernstsreute von der Gesamtgemeinde Bamberg und seine Vereinigung mit der Gemeinde Lippertsreute zu einer einfachen Gemeinde mit dem Namen Lippertsreute unter Aufhebung der gegenseitigen Gemarkungsgrenzen mit Wirkung vom 1. April 1924 wurde auf Grund des § 104 Abs. 1 der Gemeindeordnung die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 14. April 1924

Der Minister des Innern J. B. Deers

Ausgabe von Lager Scheinen mit Odershausen durch die G. O. Maier Aktiengesellschaft für Schifffahrt, Expedition und Kommission in Mannheim.

Der G. O. Maier Aktiengesellschaft für Schifffahrt, Expedition und Kommission in Mannheim wird die staatliche Ermächtigung zur Ausstellung von Lager Scheinen gem. § 863 Abs. 2 des Handelsgesetzbuches für ihre auf Badischem Staatsgebiet gelegenen Lagerhäuser erteilt.

Karlsruhe, den 14. April 1924

Der Minister des Innern J. B. Deers

Moninger Doppel-Märzen

im Ausschank

Badisches Landestheater.
Donnerstag, 17. April. 7^{1/2}—10^{1/2} Uhr. Sp. I 4.20 M.
Abonn. C 19. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 6101—6500 und
7801—8000

Vaterland.

**Badische Lichtspiele
Konzerthaus**
Mittwoch, 16. April, abends 8 Uhr
Wiederholung
des deutschen Passionsfilmes
Der Galiläer
aufgenommen gelegentlich der
Freiburger Passionsspiele
Unter Mitwirkung der Gebrüder Fassnacht
Musikalische Vorträge am Harmonium
Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstr. und
Papierhandlung Eisele, Werderplatz

Eden-Lichtspiele
Kaiserstr. 5. Am Durlacher Tor.
Dienstag bis einschl. Donnerstag
Harry Piel
Der Reiter ohne Kopf
II. und III. Teil

An Alle!
Die allgemeine Geldknappheit hält viele vom Lotteriespiel fern. Man hört immer wieder, daß man bei dem gegenwärtigen Einkommen die Einsätze zur Klassenlotterie nicht erübrigen kann, bedenkt dabei aber nicht, daß für viele nicht unbedingt notwendige Dinge immer noch Geld da ist und daß man selbst bei dem kleinsten Losanteil (ein achtel Los kostet 3 R.-M. pro Klasse) ungeheurer Gewinnchancen hat. Schon ein kleiner Gewinn würde Sie auf lange Zeit aller Geldsorgen entheben.
In der Preuß.-Südd. Klassenlotterie werden auf 300000 Lose in 5 Klassen insgesamt 102.000 Gewinne im Gesamtbetrage von über **19 Millionen** Rentenmark ausgespielt. Es entfällt also auf **jedes dritte** Los ein Gewinn. Am **10. Mai** ist die Ziehung der 3. Klasse; Sie können noch Lose hierzu in jedem gewünschten Anteil in meiner vom Glück besonders begünstigten Einnahme haben. Ich habe schon nach der 2. Klasse einigen von meinen treuen Kunden Gewinne auszahlen können, deren Höhe für die heutige Zeit **ansehnliche Vermögen** darstellen. Da aber noch über **17 Millionen** Rentenmark erst in den folgenden 3 Klassen zur Ausspielung gelangen, sind die Gewinnchancen so überaus günstig, daß ich Ihnen eine sofortige Beteiligung nur dringend empfehlen kann.
Mein Geschäft ist nach wie vor von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr geöffnet. D.274
Zwerg, vormals Götz
bad. Lotterie-Einnehmer
Karlsruhe, Hebelstraße 11. Telefon 4828

Damen-Hüte
Die neuesten Modelle
liegen auf D.273
S. Rosenbusch
Kaiserstraße 137 am Marktplatz
Das Haus der Hüte Billigste Bezugsquelle

Am Ostersonntag, den 19. April 1924
bleiben unsere sämtlichen Geschäftsräume
geschlossen
Reichsbankstelle und deren Depo-
Badische Bank sitenkonten
Baer & Elend Städt. Sparkasse
Darmstädter und Na- nebst Zweigstellen
tionalbank Filiale Straus & Co.
Karlsruhe Söddeutsche Diskon-
Ignaz Ellern togesellsch. A.-G.
Veit L. Homburger Filiale Karlsruhe
Mitteldeutsche Cre- u. deren Depositen-
ditbank Filiale kassen
Karlsruhe Vereinsbank Karls-
Rhein. Creditbank ruhe
Filiale Karlsruhe


Für die Feiertage:
**Schellfische, Cabliau,
Stockfische, Seelachs,
Goldbarsch, Merlans,
Rotzungen, Seezungen,
Steinbutt, Heilbutt**
Fischverkauf im Laden links
Lebende und gekochte Hummern, Frische
Austern, Caviar, Gänseleberpasteten und
-Terrinen, geräuchert, Lachs, Aal, Sprotten,
Bücklinge, Sardinen in Öl.
Neu: Filets v. Matjesheringen Stück 15 Pfg.
Salm, Dose Mk. 1.40, Hummern,
Delikatessheringe, fst. ital. Salat.
Poularden, Hähnen, Hühner.
Touren- u. Reise-Proviand.
Dauerwurst, Fleischwaren, div. Käse.
Frische Ananas
austral. Äpfel, Trauben, Orangen,
Datteln, Feigen.
Obst- u. Gemüse-Konserven
Marmeladen und Konfitüren, Dörrobst
Fst. Kaffee (selbstgebr. Mokka Mischung),
Tee, Kakao, echt Houten, sowie offen Pfd.
Mk. 1.20, Schokoladen, Cakes, Biskuits.
Frischer Waldmeister, Bowlen-Sekt,
Bowlen-Weine.
Weiß- und Rotweine, Kranken- und Süd-
weine, echte Liköre, echte Schaumweine
Größte Auswahl bei

Hans Kissel
Kaiserstraße 150. Telefon 97 u. 335
Lieferung frei Haus. D.277
Prompter Versand. — Verpackung frei.
Vorausbestellung erbitte frühzeitig.

Methode Ritter
Sprachlehr-Institut
Anmeldungen täglich für Kurse und
Privatstunden
Leopoldstraße 1
(am Kaiserplatz) D.4

Sämtliche Sportartikel
in bekannt preiswerter und erstklassiger Ausführung
Inh.: **W. Blicher**

Kaiserstrasse 174
Telefon 5218.

Carl Pfefferle
Erbprinzenstr. 23. Telefon 1415
Für die Karwoche treffen lebendfrisch ein:
Rheinsalm, Steinbutt, Wesersalm, Cabliau, Seezungen, Schellfische, Rotzungen, Merlans, Heilbutt, Stockfische
Hechte leb. Forellen Schleien
Donnerstag ist mein Geschäft den ganzen Tag geöffnet
Für das Osterfest trifft ein Waggon
feinstes ungarisches Mastgeflügel
ein. Verkauf zu billigsten Preisen.

**Damen-
Herren-
Gummi-Mäntel
Loden-Mäntel**
von 26.50 Mk. an
Windjacken
imprägniert
von 12.50 Mk. an

Sporthaus Freundlieb
Karlsruhe

Ein beliebtes Geschenk für Frauen
Bon uns ist zu beziehen das
Kochbuch
der
Haushaltungs- u. Kochschule
des
Badischen Frauenvereins
Mit einem
Anhang für Haushaltungskunde
Bearbeitet von
**E. Wundt, Vorsteherin,
H. Rothmund, M. Künzler,
Haushaltungslehrerinnen**
Siebente Auflage
688 Seiten stark Preis geb. 8 Mk.
Verlag G. Braun, G. m. b. H.
Karlsruhe, Karlsruherstraße 14

Gut möbliertes
Zimmer
Nähe der Druckerei G. Braun
Karlsruherstr. 14, sofort
zu mieten gesucht. Angeb.
unter D. 267 an die Exp.
der Karlsruher Zeitung.

Detektiv Institut
-u. Privat-
Auskunft
Argus Mannheim
O. 6. 6.
Planke 8.47
Fernspr. 3305
A. Maier & Co., G. m. b. H.

Ausgewählte Lesestücke zum
Studium der polit. Ökonomie
Herausgeg. und eingeleitet von
Professor Karl Diehl und
Professor Paul Romberg
Bd. I: Lehre vom Geld, I.
Bd. II: Der Arbeitslohn
Bd. III: Von der Grundrente
Bd. IV: Wert u. Preis, I.
Bd. V: Wert u. Preis, II.
Bd. VI: Bevölkerungstheorie
Bd. VII: Wirtschaftskrisen
Bd. VIII: Kapitalzins und
Unternehmergewinn
Bd. IX: Freihandel und
Schutzzoll
Bd. X: Lehre vom Geld, II.
Bd. XI/XII: Sozialis-
mus, Kommunismus,
Anarchismus.
Bd. XIII: Grundzüge der
Bekämpfung
Bd. XIV: Sozialpolitik
Bd. XV: Kapital u. Kap-
italismus
Bd. XVI: Staatsschulden-
problem
Verlag G. Braun, Karls-
ruhe, Karlsruherstr. 14.

Metallbetten
Stahlmatt., Kinderbett, direkt
an Private, Katalog 78 R. frei.
Eisenmöbelfabrik Sulz (Zür.)
Für eine Wasserleitung
nach dem Abstellbahnhof
Freiburg nach Finanzmini-
sterialverordnung vom 3.
Januar 1907: 400 lfd. m.
Rohrgraben aushub sowie
Lieferung und Verlegung
von 100 mm weiten Wuf-
fenröhren öffentlich zu ver-
geben. Bedingnisheft und
Plan im Dienstzimmer 34
der Bauh. Freiburg im
Güterbahnhofsgelände
Baldkircherstr. 12/II von
8—12 vorm. zur Einsicht,
wofolst solange Vorrat
Anfrage der Angebotsvor-
drude. Kein Verband nach
auswärts. Einreichung der
Angebote mit Aufschrift
Wasserleitung Abstellbahn-
hof Freiburg an uns bis
Mittwoch, den 23. April 1924,
vormittags 10 Uhr. B.55
Bahnaninspektion Freiburg.

Druck G. Braun, Karlsruhe.